



Nr. 158 | 05.06.2023

Zentralasien-Analysen

Verfassungsreferendum in Usbekistan

■ ANALYSE

- Kein Weg mehr zurück. Philosophie und Stand des Reformprozesses in Usbekistan vor dem Hintergrund der Verfassungsreform 2023 2
Rustam Makhmudov
(University of World Economy and Diplomacy (UWED), Taschkent)

■ DOKUMENTATION

- Offizielles Endergebnis des Verfassungsreferendums in Usbekistan am 30. April 2023 7

■ DOKUMENTATION

- Neue oder abgeänderte Bestimmungen der reformierten Verfassung Usbekistans vom 30. April 2023 (Auszug) 8

■ CHRONIK

25. März – 21. Mai 2023 10
Kasachstan 10
Kirgistan 14
Tadschikistan 18
Turkmenistan 21
Usbekistan 25

ANALYSE

Kein Weg mehr zurück. Philosophie und Stand des Reformprozesses in Usbekistan vor dem Hintergrund der Verfassungsreform 2023

Rustam Makhmudov (University of World Economy and Diplomacy (UWED), Taschkent)

DOI: 10.31205/ZA.158.01

Zusammenfassung

Die kürzliche Verfassungsreform in Usbekistan, die am 30. April 2023 per Referendum gebilligt wurde, ist das Ergebnis der komplexen Reformprozesse im Land seit der Wahl von Schawkat Mirsijojew zum Präsidenten im Jahr 2016. Im Rahmen dieser Prozesse soll die usbekische Gesellschaft aus einer langen Phase der Stagnation in ein neues Stadium sozialen Wandels und wirtschaftlichen Aufbruchs überführt werden. Im Mittelpunkt steht die Ermutigung der Bürger:innen, ihre Fähigkeiten und ihr Humankapital für die wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Entwicklung des Landes einzusetzen. Der Beitrag untersucht die bestimmenden Rationalitäten und zentrale konzeptionelle Grundlagen des usbekischen Reformprozesses, dessen jüngstes Ergebnis die Ausarbeitung und Verabschiedung einer reformierten Verfassung ist.

Einleitung

Die Verfassungsreform in Usbekistan ist Teil eines größeren Reformprozesses, der 2016 von dem zweiten Präsidenten Schawkat Mirsijojew angestoßen wurde. Mirsijojews erklärtes Ziel ist seitdem die grundlegende Transformation der usbekischen Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie eine Neujustierung von Innen- und Außenpolitik. In dem Zusammenhang hat die Verfassungsreform drei Zwecken gedient: a) die verfassungsmäßige Verstetigung von positiven Entwicklungen seit den letzten sieben Jahren durch die Einführung von legalen Rahmenbedingungen, die eine Rücknahme erfolgreicher Reformen ausschließen; b) die Stärkung der nationalen Resilienz angesichts gegenwärtiger Entwicklungen in der Weltpolitik; sowie c) die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die weitere langfristige Entwicklung des Landes. Dabei ist die reformierte Verfassung als solche Ausdruck und Resultat einer veränderten Entwicklungsphilosophie seit 2016, die für die Umsetzung von Mirsijojews Reformen handlungsleitend ist. Im Folgenden wird daher ein Blick auf diese oft vernachlässigten ideellen Grundlagen des Reformprozesses geworfen, welcher ohne diese nicht verstanden werden kann.

Die Veränderung der usbekischen Entwicklungsphilosophie seit 2016

Betrachtet man die zentralen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsparadigmen in Usbekistan vor 2016 wird schnell klar, dass diese im erheblichen Maße von Sicherheitsrationalitäten geprägt waren. Das lässt sich in vielerlei Hinsicht durch die spezifischen regionalen und globalen Bedingungen der 1990er- und 2000er Jahre erklären: unter den damaligen Umständen zielte das Handeln der usbekischen Regierung vor allem auf die Wahrung der Stabilität

des Landes ab. Die Nebeneffekte bestanden in einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Abnahme gesellschaftlicher und politischer Aktivitäten und einer Abkühlung oder Komplizierung der Beziehungen zu anderen zentralasiatischen und westlichen Staaten. Schnell zeichnete sich ab, dass der Kurs das Land langfristig in die Stagnation führt. Es kamen Befürchtungen auf, dass Usbekistan in seiner Entwicklung dramatisch hinter andere Staaten zurückfallen und den Anschluss an wichtige Fortschritte in den Bereichen Technologie und Forschung verlieren würde.

Hierbei geht es in erster Linie um eine neue Welle von jüngeren Innovationen im Feld digitaler Fertigungstechnologien und cyber-physischer Systeme, seit deren Aufkommen sich das ökonomische und intellektuelle Antlitz der Welt zunehmend verändert. Der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, hat für diesen Vorgang den Begriff der »Vierten Industriellen Revolution« geprägt. Die Geschichte zeigt schließlich, dass jede industrielle Revolution – angefangen bei der ersten industriellen Revolution im Vereinigten Königreich des 18. Jahrhunderts – nicht nur die ökonomischen Grundlagen von Gesellschaft transformiert, sondern auch zu einer tiefgreifenden Veränderung von Kultur und Wertesystemen führt. Zudem bestimmt der Besitz von industriellen Schlüsseltechnologien einer jeden Epoche über die Verteilung von Macht und Wohlstand unter den Staaten.

Die vierte industrielle Revolution, in deren Rahmen eine umfassende Digitalisierung stattfindet und sich zunehmend künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge, Roboter, grüne und »smarte« Energieerzeugung sowie erste Quanten- und Biotechnologien durchsetzen, eröffnet für entwickelte und weniger entwickelte Länder gleichermaßen neue Möglichkeiten. Letztere, also auch Usbekistan, können durch die Nutzung derartiger Tech-

nologien langfristige Quellen für Wirtschaftswachstum und Wohlstand der breiten Bevölkerung erschließen. Auch können sich Entwicklungs- und Schwellenländer dadurch als vollwertige Akteure innerhalb globaler Produktionsketten und Handelsnetze behaupten und am internationalen Austausch von wissenschaftlichem und technologischen Know-how teilnehmen.

Allerdings entstehen innovative Technologien nicht aus dem Nichts. Sie sind das Ergebnis einer Vielzahl miteinander interagierender Faktoren innerhalb einer Gesellschaft und Volkswirtschaft. Ein Blick auf die technologisch führenden Länder offenbart Gesellschaften mit einer allgemein liberalen Atmosphäre, die sich durch demokratische Institutionen, Achtung der Menschenrechte, freies Unternehmertum und Freiheit der Wissenschaft auszeichnet. Es sind auch die Länder, die am stärksten in die globale Wirtschaft und den Austausch von Ideen und Technologien eingebunden sind. Hier zeigt sich auch, welche Faktoren technologische Innovation behindern. In ihrem 2012 erschienenen Bestseller »Why Nations Fail« haben die Ökonomen Daron Acemoğlu und James A. Robinson die Dominanz »extraktiver Institutionen« als Hauptgrund für stagnierendes Wirtschaftswachstum und ausbleibenden Wohlstand identifiziert. Zwar sind die Entwicklung von Hightech-Produkten und -Verfahren in einer Gesellschaft, in der extraktive politische und wirtschaftliche Institutionen dominieren, in einer bestimmten Phase möglich; doch werden zur Erschließung langfristiger Quellen von Innovation inklusive Institutionen benötigt, die sich durch die größtmögliche Teilnahme an politischen und wirtschaftlichen Prozessen auszeichnen. Acemoğlu und Robinson haben Usbekistan damals zu den Ländern mit extraktiven Institutionen gezählt.

Auch ist die Entwicklung einer modernen Volkswirtschaft nicht möglich, wenn ein Land nicht in globale Liefer- und Wertschöpfungsketten integriert ist, sowie zuverlässige Absatzmärkte fehlen und kein Zugang zu ausländischem Kapital in Form von Direktinvestitionen besteht. Doch Investitionen sind nur dann zielführend, wenn sie nicht nur dem Streben nach Gewinn dienen, sondern ebenfalls gemeinsame Werte stärken, die zum Beispiel die Entstehung einer regionalen »Sicherheitsgemeinschaft« ermöglichen, die wiederum Stabilität fördert und dadurch (im Idealfall) weitere Investitionen anzieht. Vor 2016 war Usbekistan für ausländische Investoren weder besonders profitabel, noch wurde das Land unter der Bevölkerung Zentralasiens als konstruktiver Akteur für die gemeinsame regionale Sicherheit empfunden. Es ist also wenig überraschend, dass ein nachhaltiges bzw. qualitatives Wirtschaftswachstum ausblieb. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage stand Usbekistan damals vor zwei großen Herausforderungen:

Die erste war das Bevölkerungswachstum. Während das Land zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 noch fast 21 Millionen Einwohner hatte, so waren es 2016 schon fast 32 Millionen. Im April 2023 wurde die Marke von 36 Millionen erreicht. Schon 2016 war klar, dass die extraktive Wirtschaft alten Typs der wachsenden Bevölkerung nicht genügend angemessen entlohnte Arbeitsplätze bieten können wird. Die Arbeitslosigkeit stieg auch nach 2016 weiter an, genauso wie die Arbeitsmigration ins Ausland, wodurch die angespannte Situation auf dem nationalen Arbeitsmarkt zumindest etwas gemildert wurde. Auch war ein zunehmender Brain-Drain zu beobachten.

Die zweite Herausforderung bestand in der allmählichen Abnahme der eigenen Vorräte an Energieressourcen wie Erdöl und Erdgas. Das erforderte sowohl die strategische Neuorientierung als auch eine technologische Transformation der Wirtschaft. Beides setzte schließlich einen neuen Ansatz in der Außenpolitik voraus. Die dritte Herausforderung sind die Folgen ökologischer Katastrophen und des Klimawandels. Usbekistan leidet bis heute stark unter der Austrocknung des Aralsees, einer der größten Umweltkatastrophen des 20. Jahrhunderts. Außerdem zeigen sich für Usbekistan zunehmend negative Folgen des Klimawandels, vor allem in Form von Wassermangel, Desertifikation und Bodendegradierung. Veraltete und ressourcenintensive Technologien in Industrie und Landwirtschaft hatten zum Zeitpunkt der Machtübernahme Mirsijojews also genauso ausgeübt wie die Vorstellung, dass alleiniges wirtschaftliches Wachstum – ohne Nachhaltigkeit – alle Probleme lösen kann (im Englischen auch »growthism« genannt).

Fortschritte von Mirsijojews Reformprogramm unter dem Primat der »Ökonomisierung«

Im Jahr 2016, als Mirsijojew zum Präsidenten gewählt wurde, war Usbekistan in einer Situation, in der die Entwicklungsrichtung des Landes und die Methoden der staatlichen Verwaltung grundlegend verändert werden mussten. Hierfür brachte der neue Präsident die »Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen in fünf prioritären Bereichen der nationalen Entwicklung im Zeitraum 2017–2021« auf den Weg. Diese fünf Bereiche sind

- die Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft in Richtung allgemeiner Demokratisierung; die praktische Implementierung öffentlicher Kontrollmechanismen sowie die Stärkung von Medien und zivilgesellschaftlichen Institutionen;
- die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit;
- die Liberalisierung und Entwicklung der Wirtschaft;
- die Entwicklung des sozialen Bereichs mit dem Ziel, die Beschäftigung und Realeinkommen der Bevölkerung zu erhöhen; die Verbesserung des Systems der

sozialen Absicherung, die Förderung des politischen und gesellschaftlichen Engagements von Frauen und eine Aktualisierung der Jugendpolitik; und

- die Gewährleistung von Sicherheit, interethnischer Harmonie und religiöser Toleranz; sowie die Umsetzung einer ausgewogenen, konstruktiven und gegenseitig vorteilhaften Außenpolitik, die auf eine Stärkung der Unabhängigkeit und Souveränität des usbekischen Staates, die Schaffung einer Sicherheitszone um Usbekistan, die Förderung von Stabilität und guter Nachbarschaft und eine Verbesserung des internationalen Images des Landes ausgerichtet ist.
- Ein auffälliges Merkmal der bisherigen Umsetzung dieser damals definierten Entwicklungsziele, die maßgeblich die Richtung des Reformprozesses vorgeben, ist die Ablösung der Sicherheitsrationalität durch eine der »Ökonomisierung«. Im Rahmen dieser neuen handlungsleitenden Rationalität wird vor allem das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung, wie auch der gesellschaftlichen Modernisierung an sich, als eine Frage von sozialer und technologischer Innovation begriffen. Die Frage der Sicherheit nimmt in dieser Rationalität eine zweitrangige Rolle ein und gilt in dem Zusammenhang als bloße Bedingung für den Erfolg von multilateralen Wirtschafts- und Entwicklungsprojekten und die Anziehung ausländischer Investitionen. Auch die Versuche, neue Partnerschaften mit internationalen Wirtschafts- und Finanzakteuren zu knüpfen, dienen dem Zweck, das internationale Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Usbekistan zu stärken und neue Märkte zu erschließen.

Eine weitere Besonderheit, die sich bei der Umsetzung der Reformziele unter der neuen vorherrschenden Rationalität der »Ökonomisierung« zeigt, ist die zunehmende Synchronisation von Innen- und Außenpolitik. Hierbei ist vor allem der Durchbruch zu nennen, den Usbekistan in seinen Beziehungen zu den anderen zentralasiatischen Staaten, vor allem zu Kirgistan und Tadschikistan, erreicht hat. Wie erhofft haben hiervon vor allem die usbekische Industrie und Landwirtschaft profitiert, die ihr Import- und Exportgeschäft mit Kirgistan und Tadschikistan massiv ausbauen konnten. Bis zum Beginn der Reformen 2016 waren die Beziehungen zwischen Taschkent und Bischkek bzw. Taschkent und Duschanbe, vor allem wegen Grenzstreitigkeiten und Differenzen bei der Nutzung geteilter Wasserressourcen, sehr kompliziert. Schließlich hat Mirsijojew bereits kurz nach Antritt seiner Präsidentschaft eine rasche Wiederannäherung zwischen Usbekistan und diesen beiden Nachbarstaaten eingeleitet, was in einer regelrechten Explosion des Handelsvolumens resultierte. Im Zeitraum zwischen 2017 und 2022 verfünffachte sich der Handel zwischen Usbekistan und Kirgistan von 253,7 Millionen auf 1,26 Milliarden US-Dollar.

Im Handel mit Tadschikistan hat sich das Volumen im gleichen Zeitraum von 237,9 auf 674,4 Millionen US-Dollar fast verdreifacht.

Auch im Handel mit Kasachstan und Turkmenistan war eine rasche Zunahme des Volumens zu beobachten, was auf die gesteigerte Interaktion usbekischer Firmen mit ausländischen Partnern zurückzuführen ist. Das bilaterale Handelsvolumen mit Kasachstan stieg im Zeitraum zwischen 2017 und 2022 von 2 auf 4,6 Milliarden US-Dollar, mit Turkmenistan sogar von 177,9 auf 926,3 Millionen US-Dollar. Insgesamt stieg das Handelsvolumen Usbekistans mit den vier anderen zentralasiatischen Staaten in den fünf Jahren von 2,6 auf 7,5 Milliarden US-Dollar. Dadurch wurde die Region insgesamt zum drittgrößten Handelspartner Usbekistans, nach Russland (9,3 Mrd. USD) und China (fast 9 Mrd. USD).

Ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Verknüpfung von außen- und innenpolitischer Strategie ist zunehmende Integration Usbekistans in den internationalen Finanz- und Investitionsmarkt. Seit dem Beginn der Reformen 2016 hat Usbekistan zum ersten Mal in seiner Geschichte belastbare Kreditratings der »Großen Drei« (Standard & Poor's, Moody's und Fitch) erhalten. 2019 hat Usbekistan erstmals Eurobonds emittiert, mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde US-Dollar und Laufzeiten von fünf oder zehn Jahren. 2021 hat Usbekistan im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems Plus (APS+) von der EU den Status eines Präferenzlandes erhalten. Auch die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank wurde intensiviert, was das Vertrauen ausländischer Investoren in den Wirtschaftsstandort Usbekistan ebenfalls gestärkt hat. Ein Blick auf die Statistik belegt den Erfolg dieser Schritte. In den vergangenen fünf Jahren wurden Ausländische Direktinvestitionen (FDI) im Gesamtwert von 31 Milliarden US-Dollar angezogen, wodurch das Volumen der Industrieproduktion um 40 Prozent und das der Exporte um 50 Prozent gesteigert werden konnte.

Das zunehmende Vertrauen ausländischer Investoren ist auch das Resultat des erfolgreichen Vorgehens gegen Kinder- und Zwangsarbeit. Wegen dieser hatten die Vereinigten Staaten 2010 ein Verbot für den Ankauf usbekischer Baumwolle erlassen. Über 330 Marken und Einzelhändler hatten sich im Rahmen der internationalen »Cotton Campaign« zum Boykott usbekischer Baumwolle zusammengeschlossen. Gleich nach Beginn der Reformen 2016 hat Mirsijojew innen- und außenpolitische Maßnahmen eingeleitet, um dieses Problem zu lösen. Mittlerweile haben die Vereinigten Staaten den Import von usbekischer Baumwolle wieder zugelassen und »Cotton Campaign« hat 2022 das Ende des weltweiten Boykotts verkündet. Seitdem erhält die usbekische

Textilindustrie wieder Aufträge von weltweit führenden Bekleidungsmarken und Handelsketten wie C&A, Gap, Levi Strauss & Co., Tesco oder Walmart.

Auch im Bereich der vierten industriellen Revolution zeigen sich die Früchte der erfolgreichen Synchronisation von usbekischer Innen- und Außenpolitik unter dem Primat der »Ökonomisierung«, vor allem in Form der zunehmenden Einbindung des Landes in die globale Digitalwirtschaft. Zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde das Projekt »One Million Uzbek Coders« gestartet, in dessen Rahmen Programmierfähigkeiten und digitales Know-how vermittelt werden sollen. 2019 wurde der »IT-Park« in Taschkent gegründet, der sich allmählich zu einem Hauptexporteur von Softwareprodukten und Diensten im Bereich Business Process Outsourcing entwickelt. 2021 hat der IT-Park Softwareprodukte im Gesamtwert von 140 Millionen US-Dollar exportiert, 2022 waren es bereits 323 Millionen US-Dollar. Taschkent plant den internationalen Export von usbekischen Softwareprodukten und -Dienstleistungen auf eine Mrd. US-Dollar zu steigern. Durch die weitere Integration in die globale Digitalwirtschaft kann Usbekistan neue Kenntnisse, Technologien und Innovationen erlangen, die dem Land helfen werden, den Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima, Wasserverbrauch und Demographie zu begegnen.

Die Entwicklung der Digitalwirtschaft ist einer der wichtigsten Treiber der gesellschaftlichen Transformation in Usbekistan, die mit einem tiefgreifenden Wandel sozialer Werte und Normen einhergeht. Schon heute arbeiten 100.000 Fachleute in der usbekischen IT-Branche, deren gute Gehälter immer mehr Menschen anzieht. Wie in anderen Ländern auch entwickelt sich die IT-Branche zum integrativen Bestandteil einer wachsenden usbekischen Mittelschicht. In der Soziologie gilt die Mittelschicht bekanntermaßen als Trägerin einer jeden bürgerlichen Gesellschaft mit gefestigten demokratischen und liberalen Werten. Usbekistan lädt also ein, in den nächsten Jahren erneut Francis Fukuyamas These zu untersuchen, laut der eine wirtschaftliche Liberalisierung unmittelbar zu einer politischen Liberalisierung führt.

Zu guter Letzt strebt Usbekistan mit der eigenen Integration in die Weltwirtschaft eine flächendeckende Umstellung auf Green Economy an. In dem Zusammenhang soll vor allem der Ausbau von erneuerbaren Energien unter aktiver Beteiligung ausländischer Investoren vorangetrieben werden. Laut offiziellem Plan soll der Ausstoß von Treibhausgasen pro BIP-Einheit bis 2030 auf 35 Prozent des Niveaus von 2010 reduziert werden, während der Anteil erneuerbarer Energien an der Gesamtenergieerzeugung auf über 30 Prozent steigen soll. Damit befindet sich Usbekistan auf dem Weg, die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Rohstof-

fen zu verringern, den Rückgang der eigenen Förderung von Kohlenwasserstoffen zu kompensieren und langfristig CO₂-neutral zu werden.

Die Verfassungsreform von 2023

Als Gesamtergebnis der seit 2016 implementierten Reformen kann festgehalten werden, dass sich Staat und Gesellschaft vom statischen Zustand unter dem früheren Primat der Sicherheit gelöst und seitdem zunehmend dynamisiert haben. »Dynamisierung« meint in dem Fall die Zunahme und Intensivierung von innergesellschaftlichen Trans- und Interaktionen, wodurch sich auch das System der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen gezwungenermaßen weiterentwickelt. Im Vorwort der russischen Ausgabe von »Institutions, Institutional Change and Economic Performance«, einem Klassiker der Neuen Institutionenökonomik von Douglass North aus dem Jahr 1990, definiert der russische Ökonom Ben Zion Milner Institutionen als »Set von Regeln, vorschrittsgeleiteten Verfahren, [sowie] moralischen und ethischen Verhaltensweisen von Individuen, dem das Interesse der Maximierung von Reichtum zugrunde liegt«. Mit Verweis auf North schreibt er, dass »neue Institutionen dann entstehen, wenn eine Gesellschaft neue Gewinnmöglichkeiten erblickt, die unter dem gegebenen institutionellen System nicht genutzt werden können.«

Im Rahmen dieser Logik ist in Usbekistan die Idee einer Verfassungsreform herangereift, da die bisherige Verfassung von 1992 qualitativ nicht mehr dem Entwicklungsstand des Landes im Jahr 2022 entsprach. Die reformierte Verfassung sollte einerseits die neuen wirtschaftsliberalen Werte als rechtliche Normen kodifizieren. Andererseits sollte sie einen rechtlichen Ausgangspunkt für die weitere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes schaffen. Aus diesem Grund wurden 27 neue Artikel in die Verfassung aufgenommen, wodurch deren Anzahl auf 155 anstieg. Die Gesamtzahl der in den 155 Artikeln definierten Verfassungsbestimmungen hat sich von 275 auf 434 erhöht, womit die Verfassung von 1992 zu rund 65 Prozent erneuert wurde.

In dieser »Generalüberholung« der Verfassung zeigte sich schließlich auch der Wunsch der herrschenden Elite, angesichts der veränderten Umstände mit der usbekischen Bevölkerung einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen. Mit einer breiten Beteiligung am Referendum von 84,5 Prozent der Abstimmungsberechtigten bzw. 16,6 Millionen Abstimmenden, von denen 90,2 Prozent die Verfassungsänderungen unterstützten, scheint mit der reformierten Verfassung tatsächlich ein neuer Gesellschaftsvertrag verabschiedet worden zu sein.

Im Rahmen der Synchronisation von Innen- und Außenpolitik unter dem Primat der »Ökonomisierung«

sind vor allem die Artikel 17 und 18 der reformierten Verfassung interessant, welche die Grundsätze der Außenpolitik definieren. Die Artikel schreiben eine friedensorientierte Außenpolitik vor und behalten Usbekistan gleichzeitig die Möglichkeit bei, Allianzen zu schließen sowie Staatenbünden und zwischenstaatlichen Organisationen beizutreten, oder diese im Sinne nationaler Interessen, wie dem Wohlergehen und der Sicherheit der Bevölkerung, wieder zu verlassen. Damit kodifiziert die reformierte Verfassung auch die geopolitische Blockfreiheit Usbekistans, deren strategische Bedeutung für die weitere erfolgreiche Umsetzung des Reformkurses heute wichtiger ist als je zuvor.

Schließlich entwickelt sich das internationale Umfeld Usbekistans in eine Richtung, die eine extrem negative Dynamik für das Land entfaltet. Vor allem die drastisch verschlechterten Beziehungen der USA und EU zu Russland und die Verschärfung der geopolitischen und technologischen Konkurrenz zwischen den USA und China stellen Usbekistans außenpolitische Strategie der multivektoralen Ausgewogenheit vor Herausforderungen. Wie sich abzeichnen werden diese Entwicklungen den weltweiten Handel, die Stabilität von internationalen Finanz- und Investitionsmärkten sowie die Möglichkeiten zum globalen Austausch und Transfer von Technologien und Ideen auf Jahre hin beeinträchtigen. Mit der zunehmenden Verschärfung geopolitischer Konfrontationen wächst auch der Druck auf Entwicklungsländer, Partei zu ergreifen. Für die usbekische Führung, die sich bereits gegen eine derartige »Blockmentalität« ausgesprochen hat, ist das jedoch vollkommen inakzeptabel. Stattdessen deklariert die reformierte Verfassung die unbedingte Achtung der Normen und Grundsätze des

Völkerrechts, in dessen Rahmen Usbekistan weiterhin ausgeglichene Beziehungen mit sämtlichen regionalen und globalen Akteuren unterhalten wird. Hier zeigt sich wieder die handlungsleitende Rationalität der »Ökonomisierung«, die im außenpolitischen Zusammenhang darauf abzielt, dem Land maximalen Zugang zu externen Ressourcen zu ermöglichen, um den Reformkurs fortführen zu können.

Fazit

Nach der erfolgreichen Verfassungsreform und der Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes müssen nun alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, dessen Normen und Bestimmungen zu beachten und umzusetzen, um einem neuen System von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen den Weg zu ebnen. Nur so kann die aktuelle Dynamik des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels aufrechterhalten und für die weitere Entwicklung des Landes genutzt werden. Usbekistan befindet sich mitten im Prozess einer tiefgreifenden Ausdifferenzierung der sozialen Verhältnisse und Lebenswelten. Die neue Entwicklungsphilosophie mit der handlungsleitenden Rationalität der Ökonomisierung wirkt als Katalysator für eine rapide Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Die zentrale Aufgabe von Eliten, Zivilgesellschaft und Medien besteht darin, die moderne usbekische Gesellschaft in ihrer zunehmenden Komplexität gleichzeitig adäquat abzubilden und weiter zu fördern. Vom Eintritt der Republik Usbekistan in die vierte industrielle Revolution darf kein Weg mehr zurück oder daran vorbeiführen.

Aus dem Russischen von Hartmut Schröder

Über den Autor

Rustam Makhmudov ist Dozent an der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie (UWED) in Taschkent und Wissenschaftler in leitender Position am Institute for Advanced International Studies der UWED. Seine Forschungsfelder und -interessen erstrecken sich über regionale Sicherheit in Zentralasien, Entwicklungen in Afghanistan, die Vierte Industrielle Revolution, Neue Institutionenökonomik, Soziologie und moderne Philosophie.

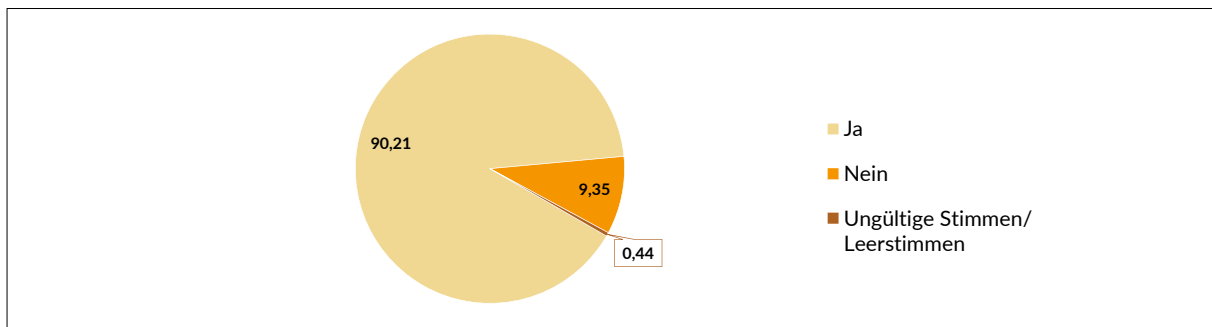
Lesetipps

- Acemoğlu, Daron; James A. Robinson: *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*, Crown Publishers: New York, 2012
- Fukuyama, Francis: *The End of History?*, in: *The National Interest*, Sommer 1989; <https://pages.ucsd.edu/~bslantchev/courses/pdf/Fukuyama%20-%20End%20of%20History.pdf>
- North, Douglass: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung* [Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Band 76], Mohr Siebeck: Tübingen, 1992.
- Schwab, Klaus: *Die Vierte Industrielle Revolution*, Pantheon: München 2016.

DOKUMENTATION

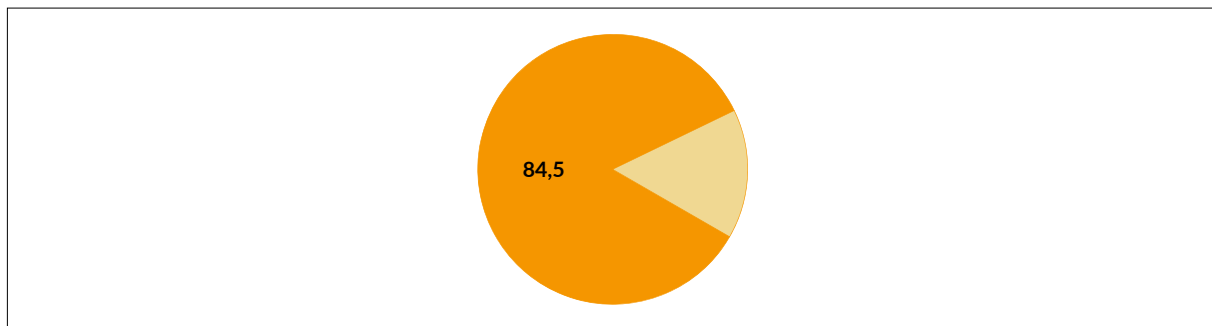
Offizielles Endergebnis des Verfassungsreferendums in Usbekistan am 30. April 2023

Grafik 1: Offizielles Endergebnis des Verfassungsreferendums in Usbekistan am 30. April 2023 (in % der abgegebenen Stimmen)
»Akzeptieren Sie das Verfassungsgesetz der Republik Usbekistan über die Verfassung der Republik Usbekistan?«



Quelle: Gazeta.uz, 1. Mai 2023, <https://www.gazeta.uz/ru/2023/05/01/referendum-final/> (zuletzt aufgerufen am 25. Mai 2023)

Grafik 2: Offizielles Endergebnis des Verfassungsreferendums in Usbekistan am 30. April 2023
Abstimmungsbeteiligung (in % der Abstimmungsberechtigten)



Quelle: Gazeta.uz, 1. Mai 2023, <https://www.gazeta.uz/ru/2023/05/01/referendum-final/> (zuletzt aufgerufen am 25. Mai 2023)

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis des Verfassungsreferendums in Usbekistan am 30. April 2023
»Akzeptieren Sie das Verfassungsgesetz der Republik Usbekistan über die Verfassung der Republik Usbekistan?«

Auswahl	Stimmen	%
Ja	15.034.608	90,21
Nein	1.558.817	9,35
Gültige Stimmen	16.593.425	99,56
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	73.672	0,44
Abgegebene Stimmen insgesamt	16.667.097	100
Abstimmungsberechtigte / Abstimmungsbeteiligung	19.722.809	84,50

Quelle: Gazeta.uz, 1. Mai 2023, <https://www.gazeta.uz/ru/2023/05/01/referendum-final/> (zuletzt aufgerufen am 25. Mai 2023)

DOKUMENTATION

Neue oder abgeänderte Bestimmungen der reformierten Verfassung Usbekistans vom 30. April 2023 (Auszug)

(Präambel)

Wir, das vereinte Volk Usbekistans:

[...]

bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen Usbekistans zur Weltgemeinschaft, insbesondere zu den Nachbarstaaten, auf der Grundlage von Zusammenarbeit, gegenseitiger Unterstützung, Frieden und Harmonie zu stärken und auszubauen,

intendieren, ein menschenwürdiges Leben für die Bürger, interethnische und interreligiöse Harmonie, Wohlergehen und Wohlstand des multinationalen Landes Usbekistan zu gewährleisten,

[...]

Artikel 1

Usbekistan ist ein souveräner demokratischer, rechtlicher, sozialer und säkularer Staat mit einer republikanischen Regierungsform.

[...]

Artikel 18

Die Republik Usbekistan verfolgt eine friedliche Außenpolitik, die auf eine umfassende Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen gerichtet ist.

Die Republik Usbekistan kann Bündnisse eingehen, Staatenbündnissen und anderen zwischenstaatlichen Institutionen beitreten oder aus ihnen austreten, auf der Grundlage der höchsten Interessen des Staates, des Volkes, seines Wohlergehens und seiner Sicherheit.

Artikel 28

Jede Person, die beschuldigt wird, eine Straftat begangen zu haben, gilt als unschuldig, bis ihre Schuld in einem öffentlichen Verfahren nach dem gesetzlich vorgeschriebenen und durch ein rechtskräftiges Gerichtsurteil festgestellten Verfahren nachgewiesen ist.

Der angeklagten Person soll jede Gelegenheit für ihre Verteidigung gegeben werden.

Alle Zweifel an der Schuld werden zugunsten des Verdächtigen, des Beschuldigten, des Angeklagten oder des Verurteilten ausgeräumt, wenn die Möglichkeiten, sie zu beseitigen, ausgeschöpft sind.

Ein Verdächtiger, Beschuldigter oder Verurteilter ist nicht verpflichtet, seine Unschuld zu beweisen, und kann jederzeit von seinem Recht zu schweigen Gebrauch machen.

Niemand ist verpflichtet, gegen sich selbst oder seine nahen Angehörigen auszusagen.

[...]

Artikel 42

Jede Person hat das Recht auf menschenwürdige Arbeit, auf freie Wahl des Berufs und der Beschäftigung, auf günstige Arbeitsbedingungen, die den Erfordernissen der Sicherheit und der Hygiene entsprechen, auf gerechte Entlohnung für die geleistete Arbeit ohne jegliche Diskriminierung, die nicht unter dem festgesetzten Mindestlohn liegen darf, sowie das Recht auf Schutz bei Arbeitslosigkeit in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise.

[...]

Artikel 47

Jeder hat das Recht auf eine Unterkunft.

Niemandem darf seine Unterkunft entzogen werden, es sei denn durch Gerichtsbeschluss und in Übereinstimmung mit dem Gesetz. [...]

[...]

Artikel 51

Die Bürger haben das Recht, auf staatliche Kosten und auf Wettbewerbsbasis eine Hochschulausbildung in staatlichen Bildungseinrichtungen zu erhalten.

Die Hochschuleinrichtungen haben das Recht auf akademische Freiheit, Selbstverwaltung, Freiheit der Forschung und Lehre in Übereinstimmung mit dem Gesetz.

Artikel 67

Der Staat sorgt für ein günstiges Investitions- und Geschäftsklima.

Die Unternehmer haben in Übereinstimmung mit dem Gesetz das Recht, jede Tätigkeit auszuüben und ihre Richtung unabhängig zu wählen.

Die Einheit des Wirtschaftsraums und der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Geldmitteln werden im Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan gewährleistet.

Monopolistische Tätigkeiten werden gesetzlich geregelt und begrenzt.

Artikel 76

[...]

Die Ehe beruht auf den traditionellen Familienwerten des usbekischen Volkes, der freien Zustimmung und der Gleichberechtigung der Eheschließenden.

Der Staat schafft die sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sonstigen Voraussetzungen für die volle Entfaltung der Familie.

Artikel 106

[...]

Der Präsident der Republik Usbekistan wird von den Bürgern der Republik Usbekistan in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl in geheimer Abstimmung für die Dauer von sieben Jahren gewählt. [...]

Artikel 133

[...]

Die Bürger und juristischen Personen haben das Recht, beim Verfassungsgericht der Republik Usbekistan eine Beschwerde über die Vereinbarkeit des vom Gericht in einem bestimmten Fall angewandten Rechts mit der Verfassung einzureichen, wenn dessen Prüfung vor Gericht abgeschlossen ist und alle anderen Rechtsmittel ausgeschöpft wurden.

[...]

Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Richard Schmidt

Quelle: National Database of Legislation of the Republic of Uzbekistan (<https://lex.uz/docs/6451070>, <https://lex.uz/docs/4032775>, zuletzt aufgerufen am 26.05.2023)

CHRONIK

25. März – 21. Mai 2023

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

28.3.2023	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew unterzeichnet das Gesetz »Über die Ratifikation des Übereinkommens zwischen der Republik Kasachstan und der Republik Usbekistan über die Demarkation der kasachisch-usbekischen Staatsgrenze.«
29.3.2023	In Astana konstituiert sich nach der Vereidigung der Abgeordneten das achte parlamentarische Unterhaus <i>Majilis</i> . Der Amanat-Vorsitzende Jerlan Koschanow wird erneut zum Sprecher des Gremiums gewählt.
31.3.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt den Oligarchen und Vertrauten des ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew, Kairat Boranbajew, wegen der Unterschlagung von umgerechnet 32 Mio. US-Dollar zu acht Jahren Freiheitsentzug.
3.4.2023	Laut Kazinform wird Kasachstan in Koordinierung mit anderen Staaten aus der Gruppe der OPEC+ zwischen Mai und Ende 2023 die Erdölförderung täglich um 78.000 Barrel reduzieren.
4.4.2023	Präsident Tokajew setzt die neue Regierung ein, wobei 21 von 23 Minister der vorherigen Regierung, darunter Premierminister Alichan Smailow, ihre Posten behalten. Außenminister Muchtar Tileuberdi wird durch den bisherigen Leiter der Präsidialadministration, Murat Nurtleu, und Energieminister Bolat Aktschulakow durch Almasadam Satkalijew, ersetzt. Neuer Leiter der Präsidialadministration wird der bisherige Leiter der Antikorruptionsbehörde Olschas Bektenow.
4.4.2023	Laut world nuclear news hat Kasachstan zum ersten Mal Uran über den Mittelkorridor zur Weiterverarbeitung nach Rumänien exportiert. Die Route verlief über das Kaspische Meer, Aserbaidschan, Georgien und schließlich das Schwarze Meer ins Zielland.
5.4.2023	Ein Gericht in Taldykorgan (Gebiet Dschetisu) verurteilt den ehemaligen Leiter der Regionalabteilung des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB) im Gebiet Almaty, Kurmanalijew, wegen der Vernachlässigung von Dienstpflichten während der Januar-Proteste im Jahr 2022 zu sechs Jahren Freiheitsentzug. Demnach hat er keinen Befehl erteilt, dass Gebäude gegen Angreifer zu verteidigen.
8.4.2023	Nach Gesprächen zwischen Handels- und Integrationsminister Serik Dschumangarin und dem aserbaidsschischen Energieminister Parwis Schahbasow werden gemeinsame wirtschaftliche Übereinkommen im Gesamtwert von umgerechnet 55 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
10.4.2023	Zur besseren Unterbindung von Grauiporten erlässt das Landwirtschaftsministerium ein Verbot für den Import von Weizen über den Straßenweg.
10.4.2023	Ein Gericht in Almaty verurteilt den Vorsitzenden der nicht registrierten Demokratischen Partei Kasachstans, Dschanbolat Mamai, wegen Beleidigung eines Behördenvertreters, der wissentlichen Verbreitung von Falschinformationen und der Organisation von Unruhen im Januar 2022 zu sechs Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung. Mamai bezeichnet das Urteil als politisch motiviert.
10.4.2023	Der Minister für digitale Entwicklung, Innovationen und Raumfahrtindustrie, Bagdat Mussin, kündigt an, dass der US-amerikanische Softwareentwickler Microsoft plane, in Kasachstan ein überregionales Konzernzentrum zu etablieren, das neben Zentralasien auch die südkaukasischen Staaten, die Mongolei und Pakistan abdecken soll.
10.4.2023	Präsident Tokajew empfängt seinen aserbaidsschischen Amtskollegen Ilham Alijew in Astana zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in allen Bereichen der bilateralen strategischen Partnerschaft. Die Gespräche enden mit der gemeinsamen Unterzeichnung von sechs Absichtserklärungen über informationelle, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation, ein Dokument über die Etablierung eines bilateralen Höchsten Zwischenstaatlichen Rates und ein Übereinkommen über die volle Potentialausschöpfung des Mittelkorridors. Der bilaterale Handel soll von aktuell 500 Mio. US-Dollar auf eine Mrd. US-Dollar verdoppelt werden. Laut Tokajew unterstützt Kasachstan die Bemühungen von Aserbaidschan und Armenien, so schnell wie möglich ein Friedensabkommen zu schließen.
10.4.2023	Laut Kommersant hat Russland zwischen März und Dezember 2022 über Kasachstan und Kirgistan geleitete Güter im Gesamtwert von 20 Mrd. US-Dollar importiert.
11.4.2023	Laut dem Pressedienst der Regierung hat Kasachstan im Jahr 2022 im Vergleich zu den zehn Jahren zuvor mit 28 Mrd. US-Dollar eine Rekordsumme an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) angezogen.
11.4.2023	In Dschanaösen (Gebiet Mangystau) demonstrieren zwischen 1.000 und 2.000 Personen gegen die gewaltsame Auflösung einer Mahnwache und der Festnahme von 20 Personen vor dem Energieministerium in Astana. Die Festgenommenen waren Teil einer Gruppe von ca. 50 Personen, die am Vortag aus dem Gebiet Mangystau nach Astana gereist sind, um gegen ihre Entlassung durch ein Dienstleistungsunternehmen der Erdölindustrie zu protestieren. Die Festgenommenen wurden wenig später freigelassen und per Zug in ihre Heimatregion zurückgeschickt.

12.4.2023	Außenminister Nurtleu führt in Moskau Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Transit und Transport, Sicherheit, eurasische Integration sowie im Rahmen der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) und im Rahmen des Kaspischen Wirtschaftsforums. Es ist die erste Auslandsreise von Nurtleu als neuem Außenminister Kasachstans.
15.4.2023	Nach Gesprächen zwischen Handelsminister Serik Dschumangarin und Vertretern der Taliban in Kabul bestätigt das kasachstanische Außenministerium die offizielle Akkreditierung von Taliban-Diplomaten in Kasachstan, was demnach jedoch nicht bedeute, dass Kasachstan die Bewegung als legitime Regierung Afghanistans anerkenne. Bei den Gesprächen in Kabul sei es vor allem um die zukünftige Zusammenarbeit beim Gütertransport auf der Schiene zur Steigerung des bilateralen Handels gegangen. Demnach wurde sich auch auf die Belieferung Afghanistans mit Mehl aus Kasachstan im Gesamtwert von vier Mio. US-Dollar geeinigt.
17.4.2023	Laut dem Regierungsprescribedienst wird Kasachstan eine Handelsvertretung in der afghanischen Stadt Herat eröffnen.
18.4.2023	Das Ministerium für Handel und Integration gibt die Registrierung eines kasachstanisch-usbekischen Export-Import-Unternehmens mit dem Namen UZKAZTRADE bekannt.
19.4.2023	Laut Energieminister Almasadam Satkalijew haben sich QazaqGaz und Gazprom auf Routen für neue Gaspipelines aus Russland in die nördlichen und östlichen Regionen Kasachstans geeinigt.
19.4.2023	Präsident Tokajew setzt das am 16.3.2023 vom Senat verabschiedete neue Sozialgesetzbuch Kasachstans durch Unterschrift in Kraft. Das Gesetzbuch regelt u. a. die staatliche Unterstützung für Personen mit Kindern, arme Familien und Menschen mit Behinderung.
21.4.2023	Das »Transport- und Logistikzentrum Turkmenistans«, das kasachstanische Logistikunternehmen KTZ Express und die russische Speditionsfirma RZD Logistics einigen sich in Moskau auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem Namen »North-South Express« für den Betrieb der Nord-Süd-Warentransitroute zwischen den drei Staaten.
22.4.2023	Laut Utschet.kz tritt ab dem 1.7.2023 eine Änderung der Arbeitsgesetzgebung in Kraft, welche für Arbeitnehmer:innen die Möglichkeit einer Viertagewoche einräumt.
22.4.2023	Laut Tengrinews hat Kasachstan damit begonnen, Rumänien durch den Mittelkorridor via Kaspisches Meer und Baku–Tbilisi–Ceyhan-Pipeline mit Erdöl zu beliefern. Demnach wurde die erste Ladung mit einem Gewicht von 80.000 metrischen Tonnen verschifft.
24.4.2023	Der Präsident des slowakischen Nationalrates, Boris Kollár, und die Vorsitzende des Komitees für Internationale Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit der kasachstanischen <i>Majilis</i> , Aigul Kuspan, eröffnen in Almaty ein slowakisches Honorarkonsulat. Kollár äußert Zufriedenheit mit der Entwicklung des bilateralen Handels, der im Jahr 2022 bei 166 Mio. Euro lag, während Kuspan ihre Zufriedenheit bei der Entwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit zum Ausdruck bringt.
24.4.2023	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass am Tag des Sieges (der Sowjetunion über das Deutsche Reich) am 9. Mai dieses Jahr wieder keine Militärparade stattfinden wird. Demnach wolle man, wie die vier Jahre zuvor, Haushaltsmittel einsparen.
24.4.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt den ehemaligen Vorsitzenden des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB), Karim Masimow, wegen Hochverrat, Versuch der gewaltsamen Machtergreifung und Überschreitung von Amtsbefugnissen während der Januar-Proteste 2022 zu 18 Jahren Freiheitsentzug und der Konfiszierung seines Vermögens und Eigentums. Die konkreten strafbaren Handlungen, die Masimow begangen haben soll, bleiben unbekannt.
25.4.2023	Kasachstan stimmt in einer Abstimmung der UN-Vollversammlung für die Annahme einer Resolution, die, neben dem erklärten Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der UN und dem Europarat, Russland eindeutig als Aggressor im Krieg gegen die Ukraine benennt.
26.4.2023	Die kasachstanische Investmentbank Halyk Finance kündigt an, russische und belarussische Staatsbürger:innen nicht mehr beim Handel mit nicht-tengebasierten Wertpapieren ausländischer Unternehmen an der Kazakhstan Stock Exchange (KASE) zu unterstützen. Die stellvertretende Sekretärin für Terrorismusfinanzierung und Finanzkriminalität des US-Finanzministeriums, Elizabeth Rosenberg, hat am Vortag in Astana geäußert, dass Risiko für kasachstanische Firmen, wegen anhaltender Russland-Geschäfte mit US-Sekundärsanktionen belegt zu werden, nehme weiter zu.
28.4.2023	Ein Gericht in Taldykorgan (Gebiet Dschetisu) verurteilt den ehemaligen Polizeichef des Gebietes Almaty, Serik Kudebajew, wegen der Überschreitung von Amtsbefugnissen und der Anwendung von Folter während der Januar-Proteste 2022 zu zehn Jahren Freiheitsentzug.

29.4.2023	Beim Dschambyl Economic and Investment Forum schließen regionale Regierungsvertreter des Gebietes mit ausländischen Firmen Investitionsverträge im Gesamtwert von 700 Mio. US-Dollar ab.
1.5.2023	Das Nationale Statistikbüro veröffentlicht aktuelle Daten zur ethnischen Zusammensetzung der kasachstanischen Bevölkerung. Die drei größten ethnischen Gruppen unter den 19.808.430 Staatsbürger:innen sind demnach Kasachen (70,65 %), Russen (15,18 %) und Usbeken (3,25 %).
2.5.2023	Präsident Tokajew empfängt den französischen Minister für Außenhandel, Olivier Becht, in Astana zu Gesprächen über die Implementierung von gemeinsamen Übereinkommen in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen. Becht bewirbt die überwiegend staatliche Électricité de France für den Bau eines geplanten Atomkraftwerkes in Kasachstan.
3.5.2023	Präsident Tokajew empfängt FIFA-Präsident Gianni Infantino in Astana zu Gesprächen über Entwicklungspotentiale des Fußballs in Kasachstan. Tokajew beabsichtige nach eigenen Angaben »die gute Partnerschaft mit der FIFA fortzusetzen.«
4.5.2023	Im aktuellen World Press Freedom Index von Reporter ohne Grenzen steigt Kasachstan von Platz 122 im Jahr 2022 auf Platz 134 von 180 ab.
4.5.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt die Ex-Frau vom Neffen des ersten Präsidenten Nasarabajew, Gulmira Satybaldy, wegen der illegalen Aneignung von Geschäften zu sieben Jahren Freiheitsentzug. Details zum Straftatbestand sind nicht bekannt. Satybaldys Ex-Mann Kairat Satybaldy wurde bereits im März 2022 wegen Betrugs und Veruntreuung zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
4.5.2023	Laut Reuters will Kazakhstan Railways ab dem 8.5.2023 den Export von Erdölprodukten über den russischen Hafen Taman für unbestimmte Zeit aussetzen. Ein offizieller Grund wird nicht genannt. Taman liegt im russischen Krai Krasnodar an der Straße von Kertsch, gegenüber der von Russland okkupierten und annektierten ukrainischen Autonomen Republik Krim.
4.5.2023	Außenminister Nurtleu nimmt im indischen Goa am Außenministertreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mit einem Themenschwerpunkt auf regionalen Sicherheitsfragen teil. Am Rande des Treffens führt Nurtleu bilaterale Gespräche mit seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar zu Fragen der Handels- und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
5.5.2023	Bei Zwischenregierungsgesprächen in Taschkent einigen sich Premierminister Smailow und sein usbekischer Amtskollege Abdulla Aripow auf eine Beschleunigung der Gründung eines Central Asia International Center for Industrial Cooperation.
9.5.2023	Präsident Tokajew nimmt in Moskau zusammen mit seinen Amtskollegen aus Russland, Belarus, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan an der offiziellen Parade zum Tag des Sieges (der Sowjetunion über das Deutsche Reich 1945) teil. Zuvor hat Tokajew bilaterale Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Putin über Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Kultur und humanitärer Austausch geführt.
15.5.2023	In Usbekistan beginnt das fünftägige Militärmanöver »Qalqon« (Schild), bei dem kasachstanische und usbekische Spezialkräfte und Grenztruppen gemeinsam die Neutralisierung von Schmugglern üben.
19.5.2023	Präsident Tokajew nimmt in der chinesischen Stadt Xi'an am ersten persönlichen Gipfeltreffen »China-Zentralasien« teil. In seiner Ansprache bringt Tokajew seine Unterstützung für das chinesische Engagement in Zentralasien zum Ausdruck. Bei bilateralen Gesprächen zwischen Tokajew und seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping stehen u. a. die weitere Beseitigung von Handelsbarrieren und der Ausbau von transkontinentalen Transitrouten im Fokus. Beide Seiten einigen sich, gegenseitig die Visumpflicht für 30 Tage im Rahmen von 190 Tagen aufzuheben. Die 47 bilateralen Handels- und Investitionsvereinbarungen, die während der Konferenz abgeschlossen werden, belaufen sich auf einen Gesamtwert von 22 Mrd. US-Dollar und betreffen u. a. den geplanten Bau einer kasachstanisch-chinesischen Polyäthylen-Anlage im Gebiet Atyrau. In Xi'an eröffnet Tokajew ein kasachstanisches Generalkonsulat.
19.5.2023	Ein Gericht in Almaty verurteilt 25 Personen u. a. wegen Diebstahl und Sachbeschädigung während der Januar-Proteste 2022 zu Bewährungsstrafen zwischen neun Monaten und einem Jahr und neun Monaten.

Kirgistan

28.3.2023	Bei seinem Besuch in Bischkek äußert der Sonderbeauftragte der EU für Sanktionen, David O'Sullivan, dass der Export von Waren aus der EU nach Kirgistan im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 300 % gestiegen sei, für fortgeschrittene Technologien und Güter mit doppeltem Verwendungszweck sogar um 700 %.
29.3.2023	Präsident Sadyr Dschaparow führt in Bischkek Gespräche mit dem stellvertretenden russischen Premierminister Alexei Owertschuk über den geplanten Bau von russischsprachigen Schulen in Kirgistan. Laut Dschaparow stellt sich Kirgistan »gegen jeden Versuch, die Sprachfrage zu manipulieren«. Er wolle, dass Russisch als Amtssprache Teil der Verfassung bleibt.
31.3.2023	Präsident Dschaparow führt mit dem Sekretär des Parteikomitees der Kommunistischen Partei des Uigurischen Autonomen Gebietes Xinjiang (China), Ma Xingrui, Gespräche über die Entwicklung gemeinsamer Transport- und Infrastrukturprojekte und Möglichkeiten der Erhöhung des Handels. Laut Ma ist Kirgistan nach Kasachstan mittlerweile der wichtigste Handelspartner Xinjiangs, das gemeinsame Handelsvolumen belaufe sich auf eine Mrd. US-Dollar.
31.3.2023	Der Ombudsmann ruft die kirgisische Regierung auf, den Problemen der aus Afghanistan nach Kirgistan migrierten Kirgis:innen Aufmerksamkeit zu schenken. Diese leben demnach kompakt im Dorf Taldy-Suu (Gebiet Osch) ohne fließend Wasser oder nutzbare Ackerflächen, sind zu 100 % arbeitslos und vollständig auf humanitäre Hilfe angewiesen.
5.4.2023	Per Dekret verleiht Präsident Dschaparow über 1.000 ethnischen Kirgis:innen, die aus dem Ausland nach Kirgistan migriert sind, die kirgisische Staatsbürgerschaft.
5.4.2023	Laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL wurden in der vergangenen Woche 136 kirgisische Staatsbürger wegen Verstößen gegen Aufenthaltsbestimmungen aus Russland nach Kirgistan abgeschoben. Ca. 100 weitere befinden sich demnach noch in Abschiebehaft.
6.4.2023	Präsident Dschaparow empfängt den serbischen Außenminister Ivica Dačić in Bischkek zu Gesprächen über Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, kultureller und humanitärer Austausch. Beide Seiten einigen sich auf eine Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen.
6.4.2023	Laut DefenceTurk.net hat sich die kirgisische Regierung mit dem türkischen Rüstungskonzern Aselsan auf den Kauf von Drohnenabwehrsystemen vom Typ iHTAR geeinigt.
10.4.2023	Laut Kommersant hat Russland zwischen März und Dezember 2022 über Kasachstan und Kirgistan geleitete Güter im Gesamtwert von 20 Mrd. US-Dollar importiert.
10.4.2023	Ein neues Gesetz tritt in Kraft, das für alle Bürger:innen Kirgistans eine obligatorische Krankenversicherung einführt.
13.4.2023	Laut dem Außenministerium befinden sich aktuell 41 kirgisische Staatsbürger nach Verurteilungen wegen Terrorismus in irakischen Gefängnissen.
20.4.2023	Präsident Dschaparow äußert, er halte die Umstellung der kirgisischen Sprache vom kyrillischen ins lateinische Schriftsystem für »verfrüht«. Der Vorsitzende der Nationalkommission für die Staatssprache und Sprachpolitik, Kanybek Osmonalijew, hat zuvor geäußert, dass Kirgistan für den Schriftwechsel bereit sei.
21.4.2023	Laut Innenministerium hat die Polizei eine Frau in Osch festgenommen, welche die interethnischen Unruhen in Südkirgistan 2010 mitorganisiert haben soll und dafür bereits in Abwesenheit zu 16 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde.
24.4.2023	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gibt bekannt, das Amt des 2019 geschaffenen Geschäfts-Ombudsmann in Kirgistan nicht mehr zu finanzieren.
25.4.2023	Präsident Dschaparow empfängt den U.S. Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Donald Lu, in Bischkek zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Investitionen und grüne Energie. Das US-Außenministerium hat im Vorfeld mitgeteilt, mit Lus Reise nach Kirgistan und Tadschikistan »betonen die Vereinigten Staaten ihre anhaltende Verpflichtung gegenüber der Souveränität und territorialen Integrität« beider Länder.
25.4.2023	Kirgistan enthält sich in einer Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Annahme einer Resolution, die, neben dem erklärten Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der UN und dem Europarat, Russland eindeutig als Aggressor im Krieg gegen die Ukraine benennt.

27.4.2023	Ein Bezirksgericht in Bischkek erklärt die im Januar vom Kulturministerium angeordnete Schließung des kirgisischen Dienstes von RFE/RL als rechtmäßig, womit auch das Bankkonto des Outlets eingefroren bleibt. Bereits im Oktober 2022 wurde die Website wegen »Hassrede« gesperrt, als RFE/RL nach den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Kirgistan und Tadschikistan an der gemeinsamen Grenze im Ferghanatal 2022 einen Beitrag mit Aussagen von Vertretern beider Staaten veröffentlicht hatte. U. a. das US-basierte Komitee zum Schutz von Journalisten, Amnesty International, International Partnership for Human Rights und der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kritisieren das Urteil teilweise scharf und fordern dessen Rücknahme.
28.4.2023	Laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu erhöht Russland die Kampfbereitschaft seiner in Kirgistan und Tadschikistan stationierten Truppen, da »die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten unter dem Vorwand der Hilfe im Kampf gegen Terrorismus ihre regionale Militärpräsenz wieder herstellen. Wir erachten Anfragen an die Länder der Region, militärische Infrastruktur zu errichten, als direkte Bedrohung für die Stabilität im Raum der SOZ [Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit].«
2.5.2023	In einem Bericht wirft Human Rights Watch (HRW) sowohl der tadschikischen als auch der kirgisischen Armee vor, während der militärischen Auseinandersetzungen an der gemeinsamen Grenze im Ferghanatal 2022 Kriegsverbrechen an Zivilisten begangen zu haben. So hat die kirgisische Seite demnach das tadschikische Dorf Owtshikaltscha per Drohne mit einer lasergelenkten Bombe angegriffen, wobei zehn Zivilisten getötet wurden. Der tadschikischen Armee wird vorgeworfen, bei der Besetzung von kirgisischen Territorium mehrere Dörfer in Brand gesteckt und in großem Umfang wahllos Zivilisten erschossen zu haben.
3.5.2023	Das Parlament stimmt für die Entlassung von Atyr Abdrachmatowa aus dem Amt der Ombudsfrau für Menschenrechte, nachdem diese zuvor einen kritischen Bericht über die Lage von Menschenrechten und Grundfreiheiten in Kirgistan veröffentlicht hatte. Laut der US-Botschaft in Bischkek steht die Entlassung Abdrachmatowas im Widerspruch zur aktuellen Mitgliedschaft Kirgistans im UN-Menschenrechtsrat.
4.5.2023	Das Parlament ratifiziert ein Übereinkommen mit den Malediven zur gegenseitigen Aufhebung aller Visabeschränkungen für die Bürger:innen beider Staaten und ein weiteres Übereinkommen mit Usbekistan, laut dem für die gegenseitige Einreise von Bürger:innen beider Staaten ein Personalausweis genügt.
4.5.2023	Außenminister Kulubajew nimmt im indischen Goa am Außenministertreffen der SOZ mit einem Themenschwerpunkt auf regionalen Sicherheitsfragen teil. Am Rande des Treffens führt Kulubajew bilaterale Gespräche mit seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar zu Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Konnektivität und Entwicklung.
4.5.2023	Im aktuellen World Press Freedom Index von Reporter ohne Grenzen steigt Kirgistan von Platz 72 im Jahr 2022 auf Platz 122 von 180 ab, womit Kirgistan weltweit das Land ist, in dem sich die Situation der Pressefreiheit am meisten verschlechtert hat.
5.5.2023	Laut der Eurasischen Entwicklungsbank (EDB) wird der Bau der Eisenbahn China–Kirgistan–Usbekistan mit einer geplanten Strecke von 450 km mindestens fünf Mrd. US-Dollar kosten. Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow hat kurz zuvor die erfolgreiche Beendigung der Machbarkeitsstudie für das Projekt verkündet.
6.5.2023	Präsident Dschaparow empfängt FIFA-Präsident Gianni Infantino in Bischkek zu Gesprächen über Entwicklungspotentiale des Fußballs und Möglichkeiten zur Verbesserung der Fußballinfrastruktur in Kirgistan. Laut Infantino wolle die FIFA vor allem mehr in die Fußballakademie im Gebiet Issyk-Kul investieren und Kirgistan mehr technische Unterstützung zur Nachwuchsförderung bereitstellen. In Bischkek eröffnen Dschaparow und Infantino gemeinsam ein neues Büro des kirgisischen Fußballverbandes.
6.5.2023	Die nationale Investmentagentur Kirgistans und das kirgisisch-kasachstanische Gemeinschaftsunternehmen Kun Bulagy einigen sich auf den gemeinsamen Bau eines Solarkraftwerkes mit einer geplanten Kapazität von 50 MW im Dorf Toru-Aigyr (Gebiet Issyk-Kul).
7.5.2023	Nach Gesprächen über Fragen der u. a. interparlamentarischen bilateralen Zusammenarbeit legen Präsident Dschaparow und der Sprecher der russischen Duma, Wjatscheslaw Wolodin, in der russischen Stadt Rschew Blumen vor das örtliche »Denkmal für den sowjetischen Soldaten«, das 2020 eingeweiht wurde. In Rschew fand zwischen Januar 1942 und März 1943 eine der blutigsten Schlachten während des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion (1941–1945) statt.

9.5.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Moskau zusammen mit seinen Amtskollegen aus Russland, Belarus, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan an der offiziellen Parade zum Tag des Sieges (der Sowjetunion über das Deutsche Reich 1945) teil. Am Tag zuvor hat Dschaparow bilaterale Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin über die strategische Partnerschaft und die Bedeutung russischer Investitionen geführt. Laut Kreml haben beide Seiten die Notwendigkeit betont, die Streitkräfte Kirgistans zu stärken und die russischen Militäranlagen in Kirgistan weiterzuentwickeln.
11.5.2023	Präsident Dschaparow empfängt den Generalsekretär der Organisation der Turkstaaten (OTS), Kubanytschbek Omuralijew, in Bischkek zu Gesprächen über die weitere Entwicklung der Transportverbindungen zur Förderung von Handelsverbindungen zwischen den Turkstaaten.
12.5.2023	Bei bilateralen Gesprächen in Bischkek bringt Außenminister Kulubajew gegenüber dem SOZ-Generalsekretär Zhang Ming Kirgistans Priorität zum Ausdruck, SOZ-Finanzmechanismen zur Umsetzung wirtschaftlicher Projekte, eine SOZ-Entwicklungsbank und ein SOZ-Zentrum für den Kampf gegen organisierte Kriminalität zu schaffen.
12.5.2023	Usbekistan und Kirgistan beginnen mit dem Bau eines gemeinsamen Automobilwerkes im Dorf Ak-Suu (Gebiet Tschui). Nach Baufertigstellung soll das Werk mit mehr als 1.000 Angestellten jährlich etwa 10.000 Autos produzieren. Die Marke der Autos ist noch unbekannt.
15.5.2023	Laut Außenministerium hat am 11.5.2023 in der iranischen Stadt Maschhad das erste kirgisisch-iranische Treffen zur bilateralen Entwicklung von Handel, Wirtschaft und Investitionen, mit über 40 Firmen aus beiden Staaten, stattgefunden.
18.5.2023	Ein Gericht in Bischkek verurteilt einen kirgisischen Staatsbürger wegen der Teilnahme am Krieg in der Ukraine zu zehn Jahren Freiheitsentzug. Er soll sich 2022 dem Militär der mittlerweile von Russland annektierten »Volksrepublik« Donezk angeschlossen haben.
19.5.2023	Präsident Dschaparow nimmt in der chinesischen Stadt Xi'an am ersten persönlichen Gipfeltreffen »China-Zentralasien« teil. Im Vorfeld wurde Dschaparow von seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping zu bilateralen Gesprächen über Fragen der Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Städtepartnerschaften, Grenzabfertigung von Waren, Informationsaustausch und Sicherheit empfangen. Per Übereinkommen einigen sich beide Seiten u. a. auf die nächsten Schritte für den geplanten Bau der Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan. Investitions- und Handelsvereinbarungen, die im Rahmen des Treffens unterzeichnet werden, belaufen sich auf einen Gesamtwert von über einer Mrd. US-Dollar. U. a. verpflichtet China sich zum Bau eines Solarkraftwerkes mit 1.000 MW im Gebiet Issyk-Kul und die Beteiligung am Bau einer Abfallverwertungs- sowie einer Düngemittelproduktionsanlage in Kirgistan.

Tadschikistan

23.03.2023	Muhammadi Rachmatullo, einstiger Führer der in Tadschikistan verbotenen religiösen Salafiya-Bewegung, wurde laut dem tadschikischen Dienst von RFE/RL zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Rachmatullo, der bereits 2016 zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, war zunächst im Rahmen einer Amnestie freigelassen worden.
25.03.2023	RFE/RL meldet, dass das tadschikische Innenministerium ein Strafverfahren gegen den in Prag lebenden Journalisten Rustami Joni eingeleitet hat. Joni hatte die Vorgehensweise der tadschikischen Behörden bei den Protesten im Mai 2022 im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan kritisiert.
27.03.2023	Die Taliban-Regierung in Afghanistan gibt an, dass tadschikische Mitglieder des Islamischen Staates an dem Anschlag beteiligt waren, bei dem der Gouverneur der Provinz Balkh getötet wurde. Diese Behauptung kann von unabhängiger Seite nicht überprüft werden. Tadschikische Behörden haben bisher nicht auf die Anschuldigung der Taliban reagiert.
27.03.2023	Eurasianet berichtet, dass das afghanische Konsulat in Chorugh (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan) unter die Kontrolle des Taliban-Regimes übergegangen ist. Die tadschikische Regierung und die afghanische Botschaft in Duschanbe erkennen die Taliban-»Regierung« weiterhin nicht an.
30.03.2023	In Duschanbe wird Abdullohi Schamsiddin, Sohn des tadschikischen Oppositionellen Schamsiddin Saidow, zu sieben Jahren Haft verurteilt, berichten mehrere Menschenrechtsgruppen, u. a. Amnesty International. Deutschland hatte Schamsiddin im Januar 2023 nach Tadschikistan abgeschoben. Schamsiddin wird Nähe zur verbotenen Islamischen Wiedergeburtspartei (IRPT) vorgeworfen.
01.04.2023	Die Frühjahrskampagne zur Wehrpflicht in Tadschikistan hat begonnen. Laut RFE/RL werden fragwürdige Methoden zur Rekrutierung von Wehrpflichtigen, wie etwa Losverfahren, angewandt.
02.04.2023	Mehrere große tadschikische Unternehmen haben das Jahr 2022 mit Verlusten abgeschlossen, berichtete das Finanzministerium laut RFE/RL. Dabei handelt es sich um »Tojik«, »TALCO«, »Tajik Air«, »Tadschiktransgaz«, »Aluminsokhtmon« und »Rogun HPP«.
10.04.2023	Die internationale Nichtregierungsorganisation Freedom House hat die tadschikischen Behörden in einem Bericht wegen der Verfolgung von Angehörigen ethnischer Minderheiten im Ausland kritisiert. Insbesondere wird auf die Verfolgung der Pamiri-Diaspora in Russland hingewiesen, bei der Aktivisten von den tadschikischen Geheimdiensten entführt und inhaftiert wurden.
12.04.2023	Der neue US-Botschafter in Tadschikistan, Manuel Mikaller, betonte bei seiner Pressekonferenz in Duschanbe, dass er regelmäßige Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft plane. Er bekräftigte das Engagement der USA für Demokratie, Religions-, Presse- und Meinungsfreiheit. Mikaller betonte auch die fortgesetzte Sicherheitshilfe der USA für Tadschikistan, insbesondere im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus sowie zur Stärkung der Grenzen.
17.04.2023	Gemäß Berichten von RFE/RL wurde ein Strafverfahren gegen Sino Vasirbekow, den Bruder des verurteilten Bürgerrechtlers Ramsi Wasirbekow, eröffnet. Er wird des Extremismus beschuldigt, nachdem er an einer Oppositionskundgebung in Berlin teilgenommen hatte. Die Behörden des Autonomen Gebiets Berg-Badachschan führen die Untersuchung durch.
18.04.2023	Rashid Ajombekow, Bruder des zu lebenslanger Haft verurteilten ehemaligen regionalen Führers Tolib Ajombekow, wurde laut RFE/RL am 14. April im Bezirk Darwaz im autonomen Gebiet Berg-Badachschan inhaftiert.
19.04.2023	Asia-Plus berichtet unter Berufung auf die tadschikische Statistikbehörde, dass die Versorgung Tadschikistans mit humanitärer Hilfe im ersten Quartal 2023 mit einem Wert von 19,2 Millionen US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr um fast das Dreifache zurückgegangen ist. Die Unterstützung kam von 35 Ländern, neun weniger als im Vorjahr. Hauptgeber waren China, Belgien und die USA.
19.04.2023	Safar Kodirsoda, der im Dezember letzten Jahres per Dekret des tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon zum Richter des GBAO-Gerichts ernannt wurde, wird laut Quellen von RFE/RL der Bestechung und des Betrugs beschuldigt und befindet sich derzeit in Duschanbe in Untersuchungshaft.
21.04.2023	Samariddin Kurbonow, Bruder des im Exil lebenden tadschikischen Bürgerrechtlers Ilhomjon Kurbonow, wurde Berichten von RFE/RL zufolge im Bezirk Farchor festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, Geld von verbotenen Organisationen an Familien von Oppositionellen überwiesen zu haben.
25.04.2023	Die Militärstaatsanwaltschaft hat laut Fergana Agency fünf Soldaten verhaftet, die beschuldigt werden, in der Region Sughd andere Soldaten misshandelt zu haben. Die Verhaftungen erfolgten, nachdem ein Video in den sozialen Medien auftauchte, das Soldaten dabei zeigt, wie sie andere Soldaten schikanieren.
26.04.2023	Tadschikische Sicherheitskräfte haben laut Fergana Agency zwei mutmaßliche Terroristen getötet, die versuchten, illegal von Afghanistan nach Tadschikistan einzureisen. Der Vorfall ereignete sich im Bezirk Wandsch im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan. Bei der Operation wurden Waffen und Sprengstoff sichergestellt, es gab keine Verletzten unter den Sicherheitskräften und Zivilisten.

28.04.2023	Bei einer Auseinandersetzung mit mutmaßlichen Schmugglern an der afghanisch-tadschikischen Grenze wurde ein tadschikischer Soldat getötet. Bei dem Getöteten handelt es sich laut Eurasianet um Komron Radschabsoda, Leiter des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit in Chorugh.
02.05.2023	Human Rights Watch hat einen Bericht zum Grenzkonflikt zwischen Kirgisistan und Tadschikistan im September 2022 vorgelegt, laut dem während des Konflikts mindestens 37 Zivilisten getötet und 36 verletzt wurden. Beide Seiten setzen reguläre und paramilitärische Kräfte sowie schwere Waffen und Drohnen ein.
03.05.2023	Tadschikistan fällt in der jüngsten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen von Platz 153 von 180 und die Situation wird als »sehr schwierig« eingestuft.
11.05.2023	Gemäß Berichten von RFE/RL wurde Ulfathonim Mamadshoewa, Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, die im Zusammenhang mit den Protesten in Berg-Badachschan im Mai 21 zu 2022 Jahren Haft verurteilt wurde, in eine Frauenkolonie in der Stadt Nurek, Bezirk Chatlon, verlegt.
11.05.2023	Die Ermittlungen gegen den inhaftierten Journalisten Chursched Fosilow in Tadschikistan sind laut RFE/RL abgeschlossen und das Strafverfahren wurde der Staatsanwaltschaft zur Genehmigung der Anklageschrift übergeben. Fosilow, der Vorwürfe wegen Beteiligung an extremistischen Aktivitäten bestreitet, droht eine Haftstrafe von fünf bis acht Jahren. Internationale Menschenrechtsorganisationen haben erfolglos Fosilows Freilassung gefordert.
17.05.2023	Die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) hat laut RFE/RL angekündigt, 500 Millionen US-Dollar für den Bau des Rogun-Wasserkraftwerks in Tadschikistan bereitzustellen. Dies wurde während eines Treffens des Bankchefs, Jin Liqiong, mit dem tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon im Rahmen von Rachmons Staatsbesuchs in China bekanntgegeben.
21.05.2023	Die tadschikischen Behörden haben 104 Frauen und Kinder von IS-Kämpfern aus Syrien nach Tadschikistan zurückgebracht. Die Rückkehrer wurden aus dem syrischen Flüchtlingslager Al-Hol ausgeflogen und werden einer Rehabilitation unterzogen. Unter den Rückkehrern sind auch fünf kasachstanische Staatsbürger.
21.05.2023	Tadschikistan hat gemäß Berichten von RFE/RL neue Bestattungsregeln für Terroristen erlassen, die bei Anti-Terror-Operationen oder Terroranschlägen getötet wurden. Nach diesen Regeln werden die Leichen nicht an Angehörige übergeben und die Beerdigungen finden an nicht öffentlich bekanntgegebenen Orten statt.

Turkmenistan

26.3.2023	Landesweit finden Wahlen für die 150 Abgeordneten des ersten Parlamentes <i>Mejilis</i> statt, seitdem dieses im Januar wieder als Ein-Kammer-Gremium etabliert wurde. Laut der Zentralen Wahlkommission (CEC) haben bis zur Schließung der Wahllokale 91,12 % der 3,5 Mio. Stimmberechtigten ihre Stimme abgegeben. RFE/RL berichtet u. a. von »groben Verstößen gegen das Wahlgeheimnis.«
27.3.2023	Laut Chronika Turkmenistana beabsichtigt die Regierung Turkmenistans die Einrichtung von Zeltlagern für die Evakuierung von möglichen zukünftigen Erdbebenopfern.
27.3.2023	Nach bilateralen Gesprächen in Aschgabat einigen sich Präsident Serdar Berdymuchamedow und der Geschäftsführer der Russischen Eisenbahnen, Oleg Belosjorow, auf eine russische Beteiligung an der Modernisierung und Digitalisierung der Turkmenischen Eisenbahnen. Beide staatlichen Eisenbahnbetreiber werden jeweils eine Repräsentanz in der Hauptstadt der anderen Seite eröffnen.
28.3.2023	Präsident S. Berdymuchamedow akkreditiert in Aschgabat den ersten offiziellen israelischen Botschafter Ismail Khalid. Laut S. Berdymuchamedow ist Turkmenistan vor allem an den Erfahrungen Israels im agroindustriellen Sektor interessiert.
28.3.2023	Präsident S. Berdymuchamedow erlässt ein Dekret über die Etablierung eines Verfahrens zur Anerkennung von in der EU erworbenen Bildungsabschlüssen.
29.3.2023	Laut der Turkmen Helsinki Foundation haben Mitglieder der turkmenischen Diaspora in Istanbul die Nicht-regierungsorganisation »Vertrauen in Recht und Gesetz« gegründet, die sich nach eigenen Angaben für die Rechte der rund 500.000 in der Türkei lebenden Turkmenen einsetzen möchte.
29.3.2023	Bei Gesprächen zwischen Präsident S. Berdymuchamedow und dem usbekischen Außenminister Bachtijor Saidow zu den Themen Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit stellen beide Seiten ein neues Niveau der strategischen Partnerschaft fest.
29.3.2023	Laut CEC hat die Demokratische Partei Turkmenistans mit 65 Mandaten für die <i>Mejilis</i> die Parlamentswahl vom 26.3.2023 gewonnen. Die restlichen 60 Parlamentssitze entfallen auf die Partei der Industriellen und Unternehmer (18 Mandate), die Landwirtschaftspartei (24 Mandate) und »unabhängige Kandidat:innen« von »Bürgerinitiativen« (18 Mandate).
29.3.2023	Laut dem Vorsitzenden des dafür verantwortlichen staatlichen Komitees kostet der Bau von Arkadag, der neuen Hauptstadt des Gebietes Ahal, umgerechnet fünf Mrd. US-Dollar.
30.3.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL müssen turkmenische Bürger:innen seit März für die Ausreise nach Kasachstan auf dem Landweg ein Garantieschreiben vorlegen, in dem sie sich verpflichten nach Turkmenistan zurückzukehren.
30.3.2023	Per Dekret gründet Präsident S. Berdymuchamedow den staatlichen TV-Sender »Arkadag« »um hochprofessionelle Programme zu produzieren, welche die großen Taten und Errungenschaften [...] Turkmenistans, einschließlich in der Stadt Arkadag, gekonnt darstellen und dem Volk nahebringen [...]«. Wenig später wird auch bekannt, dass ebenfalls eine Zeitung und ein Fußballclub mit dem Namen »Arkadag« gegründet werden. Arkadag (»Patron«) ist der Ehrentitel des Nationalführers und Volksratsvorsitzenden Gurbanguly Berdymuchamedow.
5.4.2023	Turkmenistan wird für den Zeitraum 2024 bis 2026 einstimmig in den Vorstand des United Nations Economic and Social Council (ECOSOC) gewählt.
6.4.2023	In Aschgabat konstituiert sich das siebte parlamentarische Unterhaus <i>Mejilis</i> nach der Parlamentswahl vom 26.3.2023. Dunjagosel Gulmanowa wird zur Vorsitzenden des Gremium gewählt und löst damit Gulschat Mammedowa ab.
8.4.2023	Laut TDH ist die Mutter des Nationalführers und Volksratsvorsitzenden G. Berdymuchamedow, die Großmutter von Präsident S. Berdymuchamedow, Ogulabat Berdymuchamedowa, im Alter von 86 Jahren gestorben. Bis zum 15.4.2023 gilt Staatstrauer.
13.4.2023	Laut Turkmen.news sind mittlerweile etwa drei Milliarden IP-Adressen in Turkmenistan gesperrt, was ca. 3/4 der weltweit identifizierten IP-Adressen entspricht.
16.4.2023	Anlässlich der Nacht der Allmacht begnadigt Präsident S. Berdymuchamedow 463 Strafgefangene.
20.4.2023	Nach einem Empfang zu Gesprächen mit Präsident S. Berdymuchamedow zu Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, wassersparende Technologien, Digitalisierung und Gesundheit eröffnet der israelische Außenminister Eli Cohen zusammen mit seinem turkmenischen Amtskollegen Raschid Meredow die erste Botschaft Israels in Aschgabat. Es ist der erste Besuch eines israelischen Ministers in Turkmenistan seit 29 Jahren. Israel hat bereits seit einem Jahrzehnt eine vorübergehende Vertretung in Turkmenistan gehabt.

20.4.2023	Eine EU-Delegation unter Leitung der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Terhi Hakala, und dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Eamon Gilmore, führt in Aschgabat Gespräche mit dem turkmenischen Außenminister Raschid Meredow, Innenminister Muhammet Chydyrow, Justizminister Merettagan Taganow und der <i>Mejilis</i> -Vorsitzenden Dunjagose Gulmanowa zu Fragen von Menschenrechten und anderer »hoher humanistischer Ideale« (TDH).
20.4.2023	In Aschgabat tagt zum ersten Mal der Volksrat (<i>Halk Maslahaty</i>) unter Vorsitz von Nationalführer G. Berdymuchamedow, seitdem das Gremium wieder vom Parlament getrennt wurde. Laut G. Berdymuchamedow hat der Volksrat u. a. die Aufgaben »die Einheit von Staat und Volk aufrechtzuerhalten, die Macht Turkmenistans zu stärken und die Autorität des Landes in der Welt zu erhöhen.« Der Unterschied zur <i>Mejilis</i> bestehe demnach darin, dass diese »näher mit den Ministerien des Landes zusammenarbeitet«, während der Volksrat »enge Beziehungen zum Volk aufbaut.«
24.4.2023	Außenminister Meredow wird in Washington von seinem US-amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung, Menschen- und Arbeitsrechte empfangen. Weitere Gesprächsschwerpunkte sind die Sicherheitslage in Afghanistan, die Entwicklung von Transportrouten und Möglichkeiten zur Reduzierung von turkmenischen Methanemissionen.
25.4.2023	In Dubai (VAE) finden das »International Field Forum on Attracting Foreign Investments in the Oil and Gas Industry of Turkmenistan« statt. Laut einem Mitglied der Herrscherfamilie der VAE plant der emiratische Ölkonzern Dragon Oil in den kommenden 15 Jahren acht Mrd. US-Dollar in Turkmenistan zu investieren.
25.4.2023	Turkmenistan nimmt nicht an einer Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Annahme einer Resolution teil, die, neben dem erklärten Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der UN und dem Europarat, Russland eindeutig als Aggressor im Krieg gegen die Ukraine benennt.
28.4.2023	Laut Turkmen.news wurde mit ICQ einer der letzten bisher frei im Land verfügbaren Instant-Messaging-Dienste gesperrt, der ab sofort ebenfalls nur mit Hilfe von Virtual Private Networks (VPN) genutzt werden kann.
28.4.2023	Laut Chronika Turkmenistana protestieren im Bezirk Tase Jap (Gebiet Daschogus) erst 100 und später 180 Personen zweier landwirtschaftlicher Vereinigungen für den Erhalt von staatlich subventionierten Lebensmitteln. Demnach haben lokale Beamte den Forderungen zugestimmt, nachdem die Polizei erfolglos versucht hat, die Versammlungen gewaltsam aufzulösen. Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL ist es bereits am 24.4.2023 in Kaka (Gebiet Ahal) zu einem ähnlichen Vorfall gekommen.
29.4.2023	Laut TDH ist der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow nach Deutschland gereist, »um sich durch einen Besuch des dortigen Pferdezuchtkomplex mit den Merkmalen deutscher Rassepferde und deren Pflege vertraut zu machen.«
29.4.2023	Laut TDH wurde das erste Mal Flüssigerdgas aus Turkmenistan mit 50 Tanklastwagen via Afghanistan nach Pakistan exportiert.
4.5.2023	Im aktuellen World Press Freedom Index von Reporter ohne Grenzen rangiert Turkmenistan vor Iran, Vietnam, China und Nordkorea auf Platz 176 von 180.
4.5.2023	In Aschgabat beginnt die internationale Konferenz zu Transportkorridoren mit über 400 Teilnehmer:innen aus über 40 Staaten. Laut Präsident S. Berdymuchamedow hat sich Turkmenistan »dank seiner geographischen Lage [...] in eines der wichtigsten Zentren am Schnittpunkt der transkontinentalen Verkehrswege verwandelt.«
5.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt FIFA-Präsident Gianni Infantino in Aschgabat zu Gesprächen über Entwicklungspotentiale des Fußballs in Turkmenistan. Laut S. Berdymuchamedow sei er bereit »Vorschläge der FIFA zur weiteren Förderung des Fußballs in Turkmenistan zu berücksichtigen.« Laut Infantino sei »Turkmenistan ein Fußball-Land« mit »einem großen Talent für Fußball.« Demnach überlege die FIFA aktuell die Gründung einer Talentakademie in Turkmenistan.
6.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in London an der Krönung Charles III. zum neuen König des Vereinigten Königreichs teil.
8.5.2023	Laut dem Generalsekretär des ständigen Sekretariats des Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACECA) wird Turkmenistan der Organisation im Herbst 2023 beitreten.
8.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow ordnet die Entsendung von 125 t humanitären Hilfslieferungen in Form von Medikamenten, Textilien und Lebensmitteln nach Afghanistan an. Zudem werden Ärzte nach Turgundi in der afghanischen Provinz Herat entsandt, um die dortige Entbindungsklinik zu unterstützen.
9.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in Moskau zusammen mit seinen Amtskollegen aus Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan an der offiziellen Parade zum Tag des Sieges (der Sowjetunion über das Deutsche Reich 1945) teil.

9.5.2023	Laut »The Guardian« ist Turkmenistan weltweit das Land mit den meisten Methanlecks. 2022 ist Methan im CO ₂ -Äquivalent von 366 Mio. t ausgetreten, womit Turkmenistan mehr Treibhausgase emittiert als das Vereinigte Königreich.
10.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow wird in Duschanbe von seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon zu bilateralen Gesprächen mit einem Schwerpunkt auf Handel und Warentransit empfangen. Beide Seiten einigen sich im Rahmen von gemeinsam unterzeichneten Abschlusserklärungen auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Industrie, Finanzen, Investitionen, Landwirtschaft, multimodaler Transport, Cybersicherheit, Informations- und Nachrichtenaustausch. S. Berdymuchamedow erklärt, dass Turkmenistan mit seinen Häfen am Kaspischen Meer als »Torweg zwischen Tadschikistan und der Welt« dienen werde.
12.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow ernennt den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden von Turkmengaz, Maksat Babajew, zum neuen Staatsminister und Vorsitzenden des Konzerns. Sein Vorgänger Batyr Amanow wird zum neuen stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden für Öl- und Gasfragen ernannt. Laut Turkmen.news ist Amanow der Cousin des Ehemannes der Schwester von S. Berdymuchamedow.
13.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den stellvertretenden chinesischen Außenminister Ma Zhaoxu zu Gesprächen über die Zusammenarbeit u. a. im Bereich Energie und Kraftstoff sowie im Rahmen von internationalen Organisationen wie der UN. Gesprächsdetails sind nicht bekannt.
16.5.2023	Im Vorfeld der internationalen Konferenz »Die Rolle neutraler Staaten bei der Stärkung von Sicherheit, Stabilität und Dialog in der OSZE-Region« in Aschgabat empfängt Präsident S. Berdymuchamedow die Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Margareta Cedersfeldt, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
18.5.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wird Männern mit Bärten im Gebiet Balkan seit kurzem die Mitnahme in Zügen und Flügen verwehrt.
19.5.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in der chinesischen Stadt Xi'an am ersten persönlichen Gipfeltreffen »China-Zentralasien« teil. In seiner Ansprache bringt S. Berdymuchamedow zum Ausdruck, dass Turkmenistan die Haltung der bedingungslosen Achtung von Nichteinmischung und territorialer Integrität vertrete. Der chinesische Präsident Xi Jinping spricht sich für eine schnellere Fertigstellung der Linie D der Zentralasien-China-Gaspipeline zwischen Turkmenistan und China aus. Laut Xi will China den zentralasiatischen Staaten weitere Zuschüsse und Kredite für die wirtschaftliche Entwicklung im Gesamtwert von 3,72 Mrd. US-Dollar gewähren. Während bilateraler Gespräche unterzeichnen S. Berdymuchamedow und Xi ein Übereinkommen für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Zollverstößen.

Usbekistan

23.03.2023	Der stellvertretende Ministerpräsident der »Taliban-Regierung« in Afghanistan, Mullah Abdul Ghani Baradar, hat Berichten des usbekischen Diensts von RFE/RL zufolge während eines Treffens in Kabul mit Abdullasis Kamilow, dem Sonderbeauftragten des usbekischen Präsidenten für Außenpolitik, die Bereitschaft seines Landes bekundet, den Bau des Koschtepa-Kanals vom Fluss Amu Darya in Zusammenarbeit mit Usbekistan voranzutreiben.
24.03.2023	Laut dem Global Terrorism Index 2023, der vom Institute for Economics and Peace in Sydney veröffentlicht wurde, hat sich die Terrorgefahr in Usbekistan vergrößert. Das Land belegt nun Platz 70 von 163 in der Bewertung der Terrorgefahr.
24.03.2023	Schawkat Umursakow, ehemaliger Präsident des Unternehmens »Uzavtosanoat« und vormaliger Leiter der Abteilung zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption der Generalstaatsanwaltschaft, wurde zum kommissarischen Bürgermeister von Taschkent ernannt.
24.04.2023	Das usbekische Parlament hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der häusliche Gewalt straf- und verwaltungsrechtlich verfolgt.
14.04.2023	In Samarkand fand das vierte Treffen der Außenminister der Nachbarländer Afghanistans statt, an dem erstmals Vertreter der Taliban teilnahmen. Im Zentrum der Gespräche standen Fragen der regionalen Sicherheit, die Förderung von Infrastrukturprojekten und die Unterstützung der afghanischen Wirtschaft.
19.04.2023	Eine EU-Delegation unter der Leitung der Sonderbeauftragten für Zentralasien und des Sonderbeauftragten für Menschenrechte hat Usbekistan besucht, um bei Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Regierungsvertretern Fragen der Menschenrechte, Demokratie und der Zusammenarbeit zwischen der EU und Usbekistan zu besprechen.
20.04.2023	Der Oberste Gerichtshof von Usbekistan hat 208 Personen für unschuldig erklärt, die in den 1930er Jahren unter der sowjetischen Herrschaft verurteilt wurden. Die Entscheidung fand im Rahmen einer Sitzung der Berufungskommission statt, die auf Anweisung des Präsidenten zur Untersuchung alter Kriminalfälle gegründet wurde.
21.04.2023	Anlässlich des Ramadan Hayit begnadigte Präsident Schawkat Mirsijojew 541 Personen, die wegen Straftaten verurteilt wurden.
25.04.2023	Bachtijor Saidow wurde per Dekret des usbekischen Präsidenten als Außenminister des Landes bestätigt, nachdem seine Kandidatur von den Parlamentsabgeordneten gebilligt wurde. Saidow, der zuvor Bildungsminister war, wurde im Dezember des vergangenen Jahres zum kommissarischen Außenminister ernannt und übernimmt diese Position nun offiziell.
26.04.2023	Der usbekische Journalist Bobomurod Abdullajew wurde in der türkischen Stadt Eskişehir in der gleichnamigen Provinz verhaftet. Ihm droht die Auslieferung nach Usbekistan.
30.04.2023	Das Referendum über die Neufassung der Verfassung hat begonnen, bei dem mehr als 19,7 Millionen Bürger aufgerufen sind, ihre Stimmen abzugeben. Der Entwurf enthält Vorschläge für umfangreiche Verfassungsänderungen. Mit einer Annahme der Verfassung kann Präsident Mirsijojew theoretisch bis 2040 an der Macht bleiben.
30.04.2023	Zwei karakalpakische Aktivisten, Begdijar Haljkorasow und Alpamjs Allajarow, wurden gemäß Berichten von RFE/RL in der kasachischen Region Mangistau auf Ersuchen Usbekistans festgenommen, als sie ein Transparent gegen das geplante Referendum über Verfassungsänderungen in Usbekistan bestellen wollten. Beide Aktivisten sind kasachstanische Staatsbürger.
01.05.2023	Präsident Mirsijojew hat ein Abkommen mit Kirgistan über den Grenzübergang mit einem Personalausweis gebilligt. Staatsangehörige beider Länder können offiziell ohne Reisepass in das jeweils andere Land einreisen.
01.05.2023	Die Zentrale Wahlkommission von Usbekistan meldet, dass 90,21 Prozent der Wähler die Verfassungsänderungen unterstützten, während 9,35 Prozent dagegen stimmten. Der Vorsitzende der Kommission erklärte, dass etwa 84 Prozent der registrierten Wähler ihre Stimme abgegeben haben.
01.05.2023	Die überarbeitete Verfassung ist in Kraft getreten, die unter anderem eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre und ein Verbot der Todesstrafe beinhaltet. Das Ministerkabinett wurde beauftragt, ein Maßnahmenprogramm zu erarbeiten, um die Gesetzgebung an die neue Verfassung anzupassen.
02.05.2023	Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) hat festgestellt, dass das Verfassungsreferendum unter Bedingungen stattfand, die nicht den Anforderungen für echten politischen Pluralismus und Wettbewerb entsprechen. Die OSZE wies unter anderem auf eine fehlende Opposition gegen die Verfassungsänderungen, weit verbreitete Selbstzensur in den Medien, sowie Fälle von Wahlfälschung hin.
04.05.2023	Usbekistan hat sich im aktuellen Pressefreiheitsranking von Reporter ohne Grenzen um vier Plätze verschlechtert und liegt nun auf Platz 137 von 180. Der Bericht betont die Kontrolle der Medien durch die Regierung, das Fehlen unabhängiger Medien und die Verfolgung von Oppositionsgruppen.

08.05.2023	Mirsijojew hat ein Dekret unterzeichnet, um vorgezogene Präsidentschaftswahlen am 9. Juli 2023 abzuhalten. Dieser Schritt wurde mit grundlegenden Reformen aller Staatsgewalten und veränderten Beziehungen zwischen diesen begründet. Die Wahlen werden von der Zentralen Wahlkommission einen Monat vor dem Wahltermin einberufen.
10.05.2023	Die Zentrale Wahlkommission Usbekistans hat den Beginn des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen am 9. Juli angekündigt. Die Parteien müssen bis zum 15. Mai ihre Bewerbungsunterlagen einreichen.
10.05.2023	Fergana Agency meldet, dass zwei karakalpakische Politiker, Amanbaj Sagidullajew und Nietbaj Urasbajew, in Abwesenheit vom Justizkollegium für Strafsachen von Karakalpakstan für ihre Beteiligung an den Unruhen in Nukus 2022 verurteilt wurden. Sagidullajew wurde zu 18 Jahren und Urasbajew zu 12 Jahren Haft verurteilt.
13.05.2023	Präsident Mirsijojew wurde von der Liberaldemokratischen Partei Usbekistans und der sozialdemokratischen Partei »Milliy Tiklanish« als Kandidat für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen nominiert, die am 9. Juli 2023 stattfinden wird. Neben Mirsijojew sind Abdushukur Chamsajew (Ökologische Partei), Ulugbek Inojatow (Demokratische Volkspartei) und Robachon Machmudova (Afat-Partei) nominiert. Mirsijojew strebt seine dritte Amtszeit an.
19.05.2023	Im chinesischen Xi'an, Region Shaanxi, haben China, Kirgisistan und Usbekistan ein Dokument über das trilaterale Eisenbahnbauprojekt unterzeichnet, das die nächsten Schritte zur Umsetzung des Projekts festlegt.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onori und Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle
 Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2023 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
 e-mail: rostam.onori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.